

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 13 (1921)
Heft: 4

Artikel: Eine Sonderorganisation
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

belügen sich und ihre Leser. Sie sind es, die den Kopf in den Sand stecken, und ohne Rücksicht auf das, was in den kapitalistischen Staaten vor sich geht, den baldigen grossen Kladderadatsch prophezeien. Es ist kurzfristig, die Massen mit Phrasen von der Weltrevolution zu füttern und sie den Tagesaufgaben zu entfremden, denn schliesslich kann nicht alles auf eine Karte gesetzt und der Arbeiter ewig auf ein befreiendes Ereignis vertröstet werden, das nicht kommt. Das mag bequem sein für gewisse Leute, die stark sind in der Kritik, aber schwach im Bessermachen.

Was wir brauchen ist Aufklärung über unsere wirtschaftliche Lage und über die Möglichkeiten der Entwicklung. Der Einfluss der Arbeiterschaft kann nur dann richtig zur Geltung kommen, wenn die Massen sich in die Gewerkschaften stellen, wenn sie als Bürger die Politik beeinflussen, wenn sie in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen ein gewichtiges Wort reden. Vor allem aber, wenn sie einig und geschlossen auftreten. In diesem Sinn haben Gewerkschaftsbund und Partei ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt, in dem die nächsten Ziele umschrieben sind.



Eine Sonderorganisation.

Durch die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterunionen durch die Basler Kommunisten, die denn auch am 20. März in Zürich stattgefunden hat, ist die Frage der «Einheitsorganisation» wieder zur Diskussion gekommen. Wir haben in der G. K. zu der ganzen Frage einige Bemerkungen grundsätzlicher und persönlicher Art gemacht, die in der kommunistischen Presse wie auf der Konferenz der Unionen in Zürich keine gnädige Aufnahme gefunden haben, was natürlich zu erwarten war. Es blieb ein Trost: «Dürr hat sich mit seinen Ansichten in Zürich und in Basel schwere Abfahren geholt.» Das ist zwar nicht viel, wenn man die Regie an beiden Orten kennt. Mit einem «Erfolg» war bei den bekannten Verhältnissen in Zürich wie in Basel von vornherein nicht zu rechnen. Wenn die «psychologisch» Einstellung auf den Geist der Versammlungen bemängelt wurde, so halten wir die Darstellung der Tatsachen für wichtiger als das «Reden nach dem Mund».

Immerhin soll den Zürchern zugestanden werden, dass sie das Referat ruhig angehört haben und dass sich auch die Diskussion in erträglichen Grenzen bewegte. Anders in Basel. Nicht nur wurde der Vortragende mehrmals unterbrochen, wobei es Minuten dauerte, bis an ein Weiterreden zu denken war; die Diskussion selber stand auf einem bedenklichen Niveau. Ein Mensch, von dem niemand weiss, wovon er lebt, sprach sein Bedauern darüber aus, dass es keine Genossen gebe, die mit Leuten wie dem Referenten nach Manier Dato (dem gemeichelten Ministerpräsidenten von Spanien) verfahren. Ein anderer sprach die Erwartung aus, dass man die «Bonzen» an die Wand stellen werde. Solche Aeusserungen wurden von einzelnen Versammlungsteilnehmern mit «sehr richtig» und «bravo» unterstrichen. Der Präsident konnte sich nicht zu einem Protest gegen eine solche Verwilderung aufschwingen.

Nun einige Bemerkungen zu der Konferenz vom 20. März. Es waren 25 Unionen vertreten, die angeblich 90,000 Mitglieder — allerdings stark nach oben aufgerundet — vertraten. Man wird nicht behaupten wollen, dass diese Unionen, von denen neun auf den Kanton Zürich entfallen, kommunistisch seien. Die gefassten Beschlüsse beweisen nach dieser Richtung hin nichts, da nicht Worte, sondern die den Worten fol-

genden Taten entscheidend sind. Sobald die Delegierten die gefallenen Voten auf ihre Hiebfestigkeit untersuchen, werden sie — ausserhalb des Dunstkreises der kommunistischen Phraseologie — anders urteilen.

Da ist zunächst die Resolution der Arbeiterunion Basel zur Einheitsorganisation, deren prägnanteste Stelle lautet: «Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei konnte für dieses Streben (die Einheit) kein Hindernis sein. In diesem Falle wird eine Organisation, die den Klassenwillen des revolutionären Proletariats zur Geltung bringt, doppelt notwendig.» Demgegenüber ist wohl die Frage am Platze, wie man sich in der kommunistischen Partei diese Einheitsfront vorstellt. In der schon erwähnten Basler Versammlung hat Schneider in einem Zwischenruf bemerkt, dass er die Grütljaner in diese Einheitsfront einbeziehe; sie seien bessere Klassenkämpfer als viele Sozialdemokraten.

Damit stimmt überein, was in der Resolution über die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution gesagt ist: «Die Kommunisten meiden keineswegs nichtparteiliche Massenorganisationen der Arbeiter, sie scheuen sich unter Umständen selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägt reaktionären Charakter tragen (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.), an ihnen teilzunehmen und sie auszunützen...» Worin diese Ausnützung der Massenorganisationen besteht, sagt Zinowiew in «Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung»: «Die Kommunistische Internationale, welche die II. Internationale als Vereinigung politischer Organisationen zertrümmert hat, stellt jetzt den Kampf um den Einfluss in den Verbänden auf die Tagesordnung. Die Gewerkschaften durchleben dieselbe Evolution, wie die politischen Parteien des Proletariats sie durchlebt haben. Die Differenzierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat schon begonnen und schreitet in geschwindem Tempo vorwärts. Hier und da vollzieht sich die Bewegung durch direkte Spaltung der Gewerkschaften. Wo das unvermeidlich ist, wird die Kommunistische Internationale nichts dagegen haben.» Nach solchen Feststellungen sind Zweifel an der Aufrichtigkeit der Motive der Kommunisten, alle Parteien in einer Einheitsfront zum Zwecke der Bekämpfung des Kapitalismus zusammenzufassen, wohl berechtigt, insbesondere eingedenk der Weisung Lenins: «Man muss es verstehen, dem allem Widerstand zu leisten, sich zu jeden und allen Opfern zu entschliessen und — wenn es nötig ist — sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.» Da die Kommunisten, mit Ausnahme von Basel und Zürich, sich überall in kleiner Minderzahl befinden, gilt es eben, die Unionen zur Aufnahme der kommunistischen Gruppen unter allen Umständen zu veranlassen, um die Propaganda nach den Weisungen von Lenin zu betreiben. Dabei besteht man überall, wo man in der Minderheit ist, auf der «paritätischen» Zusammensetzung, während man in Zürich und Basel den kommunistischen Terror rücksichtslos anwendet. An einer andern Stelle seiner Schrift sagt Zinowiew offen heraus: »Unsere Partei ist der Meinung, dass wir uns nicht von den Gewerkschaften lossagen dürfen. Im Verlauf der proletarischen Revolution werden sich die Gewerkschaften ebenso spalten, wie sich die sozialdemokratischen Parteien gespalten haben.» Schneider und seine Freunde mögen ihre guten Absichten noch so beteuern, nicht nur der Schein, auch die Tatsachen sprechen gegen sie.

Den Fall gesetzt, die «Einheitsfront» käme nach dem Vorschlag der Basler zustande, so erhebt sich aber

sofort eine andere Frage: Werden sich die kommunistischen Gruppen in dieser Einheitsorganisation an Beschlüsse halten, die ihnen nicht genehm sind? Sie werden es nicht tun und sie werden es nicht tun können, wenn die Beschlüsse mit den Moskauer Weisungen nicht übereinstimmen. Die Statuten der III. Internationale haben einen Artikel 9, der besagt: «Das Exekutivkomitee leitet die gesamte Arbeit der Kommunistischen Internationale von einer Tagung zur andern, gibt in mindestens vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift) «Kommunistische Internationale» heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluss von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen, und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschliessen, welche gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstossen.» Die «Einheitsfront» kann also bestenfalls ein Tummelplatz für kommunistische Parteipropaganda sein. Daraufhin weist auch der letzte Abschnitt in den Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Wir lesen da: «Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien entschieden den Krieg erklärt. (Mit der englischen Regierung allerdings Frieden geschlossen.) Es ist notwendig, dass einem jeden Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen «sozialdemokratischen» oder «sozialistischen» Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist.»

Auch der O-Korrespondent des «Bauarbeiter», der in einem Artikel in Nr. 38 über Parteikrise und Gewerkschaften schreibt, die Mehrheit der Kommunisten zeige mehr Weitblick als gewisse Führer der Rechten, die die Spaltung auch der Gewerkschaften und der Arbeiterunionen als der Weisheit letzter Schluss verkünden, wird, sofern er nicht als ein «Fuchs den Hühnern predigt» und selber Kommunist ist, nach unsern Darlegungen die Sache mit andern Augen betrachten.

Ob Konrad Wyss, der mit den Forderungen der Arbeiterunion Basel in Aktionen eintreten will, den Beifall seines Freundes Schneider hat, der in Basel erklärte, selbstverständlich sei die Arbeiterschaft nicht so dumm, heute oder morgen eine Massenaktion zu beginnen, ist fraglich. Auf alle Fälle werden sich auch die Spitzen der kommunistischen Partei nicht der Illusion hingeben, dass durch eine eintägige Demonstration die Krise beseitigt werden kann, gibt doch selbst Welti zu, dass die internationale Lage für die Auslösung von Aktionen schlecht sei. Wieser vertraut auf einen Milchkrieg und auf ein Anarchistengesetzlein und schlägt die Herausgabe einer Flugschrift vor. (Die wievielte schon?) Regierungsrat Schneider, der es wissen muss, ist gegen die Arbeit am grünen Tisch, zieht aber aus dieser Erkenntnis nicht die Konsequenzen.

Praktisch hat die Konferenz gar nichts geleistet, als zu den vielen vorhergehenden noch einige weitere Resolutionen, zum Teil sehr reformistischen Charakters, angenommen. Die Hauptarbeit bestand jedenfalls im Kampf gegen das Bundeskomitee, das für die kommunistische Spaltungsarbeit so wenig Verständnis zeigt.

Zum Schluss lässt der Bericht von der Konferenz noch einen Renommiersozialdemokraten aufmarschieren, der sich darüber beklagt, dass die «Pioniere der Gewerkschaftsarbeit» aus den Gewerkschaften ausge-

schlossen werden sollen. Bis jetzt haben wir von einem solchen Fall nichts gehört. Dagegen hat man an Stelle bewährter Gewerkschaftssekretäre, die Jahrzehnte gewirkt und etwas geleistet haben, Zellenbauer zweifelhafter Güte gesetzt. Es fällt niemand ein, wegen seiner kommunistischen Gesinnung irgendein Mitglied aus den Gewerkschaften auszuschliessen; doch darf von jedem Mitglied einer Gewerkschaft verlangt werden, sich im Rahmen der Statuten zu bewegen.

Die Tätigkeit der Kommunisten in den letzten Monaten beweist auf alle Fälle, dass sie die Konjunktur ausnützen. Das ist natürlich keine Kunst. Wenn Zehntausende auf der Strasse liegen und Hunderttausende eine ungewisse Zukunft vor sich sehen, ist ihnen zuletzt jeder Ausweg recht, ohne die Möglichkeit oder die Wahrscheinlichkeit des Erfolges ins Auge zu fassen. Man will heraus aus dem Elend! Ob dies eher möglich ist dadurch, dass man mit den Kräften ökonomisch wirtschaftet und den Tatsachen Rechnung trägt oder nicht, das zeigt der Verlauf der russischen Revolution. Radeck selber sagt darüber folgendes: «Aber dem Bürgerkrieg kann die Arbeiterklasse nirgends entgehen und dann auch nicht dem vorübergehenden Verfall, und der Armut. Der soziale Aufbau ist das Werk langer Jahre, während denen das Lebensniveau der Arbeitermassen nicht höher, sondern tiefer sein wird als in den kapitalistischen Ländern.» Wenn das für das Bauernland Russland zutrifft, so sicher noch viel mehr für das Industrieland Schweiz, das den Grossteil seiner Lebensmittel im Ausland kaufen muss. Unter solchen Umständen ist die Ueberlegung sicherlich erwägenswert, ob der «längere» Weg (zum Endziel) nicht der «kürzere» ist.



Aus schweizerischen Verbänden.

Bauarbeiter. *Arbeitszeit im Baugewerbe.* Am 2. März tagte in Luzern die für die Regelung der Arbeitszeit im Baugewerbe bestellte Kommission unter dem Präsidium von Hügli, Bern.

Die Baumeister verlangten durchweg die Einführung der *durchschnittlichen* 48stundenwoche, die in wöchentlichen Arbeitszeiten von 50—60 Stunden verankert sein soll. Demgegenüber forderten die Vertreter der Arbeiterschaft die normale 48stundenwoche mit dem 8½stundentag und dem freien Samstagnachmittag. Sie wiesen darauf hin, dass fast in allen Ländern durch die Gesetzgebung oder auf dem Verordnungswege die normale 48stundenwoche anerkannt sei. Auch in der Schweiz sind grosse Teile der Bauarbeiterschaft (Anschläger, Parkettleger, Bautapezierer, Glaser, Holzbildhauer usw.) bereits jetzt im Besitz der normalen 48stundenwoche. Es ist ungerecht, die Bauarbeiter im Sommer möglichst lang arbeiten zu lassen, ohne sich im Winter darum zu kümmern, wie sich die Masse der Arbeitslosen durchschlagen kann. Auch muss im Interesse der Gesundheit der Arbeiter die Arbeitszeit so weitgehend als möglich reduziert werden.

Die Argumente der Arbeitervvertreter fanden kein Gehör. Nach längeren Beratungen gelangte die Kommission zu einem Einigungsvorschlag, der für die Städte Zürich, Winterthur, Basel, Bern, St. Gallen, Schaffhausen, Arbon und Rorschach für Mitte März bis Oktober den 9stundentag, für die Uebergangsmonate den 8stundentag und für die Wintermonate den 7stundentag vorsieht. Auf den übrigen Plätzen soll in den Sommermonaten 9½ Stunden, in den Uebergangsmonaten 8 Stunden und in den Wintermonaten 7 Stunden gearbeitet werden. Diese Arbeitszeiteinteilung soll vorläufig bloss für das Jahr 1921 gelten. Den beiden Parteien (Schweiz.